

## Mietpreisbremse in Østerreich: Milliarden-Ersparnis für Mieter 2025!

Mieterhöhungen in Østerreich: Aktuelle  
Regierungsverhandlungen, Mietpreisbremse und  
Einsparungen für Mieter im Fokus.



Mariahilf, Østerreich - Was tut sich in puncto leistbares Wohnen in Wien? Am 2. Juni 2025 hat eine Pressekonferenz mit der neuen SPØ-Wohnbauspcherin Elke Hanel-Torsch und Vizekanler Andreas Babler für Aufsehen gesorgt. Der dringliche Fokus lag auf dem Thema der Mieterhöhungen im regulierten Bereich, die laut Hanel-Torsch nun abgefangen wurden. Die offizielle Linie sieht eine Mietpreisbremse vor, um die ansteigenden Kosten im Auge zu behalten. Seit 2010 sind die Mieten in Østerreich um satte 70,3 Prozent gestiegen, davon allein 25 Prozent in den letzten zwei Jahren. Dies bringt viele Mieter in eine prekäre Lage, weswegen Babler sich festgelegt hat: Die nächste Mietsteigerung von 3,16 Prozent soll verhindert werden.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Mieter in Österreich im Jahr 2023 insgesamt 138 Millionen Euro durch die Maßnahmen der Regierung gespart haben. Das bedeutet konkret, dass ein Mieter einer Altbauwohnung mit einer Monatsmiete von 700 Euro bis ins Jahr 2027 fast 1.000 Euro an Ersparnissen erzielen kann. Doch nicht alle Mietbereiche profitieren gleich, der freie Wohnungsmarkt hat von diesen Maßnahmen bisher nicht profitiert. So müssen Mieten in Altbau-, Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen bis 2024 warten, bis sie valorisiert werden.

## Geplante Maßnahmen zur Mietpreisregulierung

Die aktuellen Pläne der Regierung umfassen nicht nur die Mietpreisbremse für die kommenden Jahre, sondern auch eine Verlängerung der Mindestbefristung von Mietverträgen auf fünf Jahre. Bisher lag die Mindestfrist bei drei Jahren, was laut Hanel-Torsch Druck auf Mieter ausübt. Ein Mietpreisstopp wäre eine gute Nachricht für die Mieter, da über 70 Prozent von ihnen davon profitieren könnten. Besonders in Wien profitieren 77 Prozent der Mieter von diesen Maßnahmen, während es in Vorarlberg nur 49 Prozent sind.

Die Reformpläne sehen außerdem vor, dass die Mieten in den nächsten zwei Jahren maximal um 2 Prozent steigen dürfen. Ein weiterer bedeutender Punkt ist die Harmonisierung des Mietrechts, die auch gewerbliche Mieten ins Visier nimmt, um diese finanzierbar zu halten. Kritiker bemängeln jedoch, dass das Mietrecht in Österreich zu zersplittert sei, was die Situation für viele Mieter nicht einfacher macht.

## Kritik und Herausforderungen

Die neue Verordnung trifft jedoch nicht nur auf Zustimmung. Der Österreichische Verband der Immobilienwirtschaft (ÖVI) äußerte scharfe Kritik an der Pressekonferenz und hinterfragte die

präsentierten Zahlen. Es wird betont, dass die Richtwerte seit 2023 eingefroren sind, was die Pläne doch etwas ins Wanken bringen könnte. Fragen über Heizsysteme, Rechtssicherheit und das Angebot an Wohnungen bleiben bislang unbeantwortet.

Ein zusätzlicher Punkt ärgert viele Mieter und Experten: Die neuen Regelungen zur Mietpreisbremse gelten nur für alle Kategorie- und Richtwertmieten sowie für Genossenschafts- und Gemeindewohnungen. Neubauten bleiben hier außen vor – eine Tatsache, die von NEOS-Abgeordneten betont wird. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den aktuellen Wohnkosten wider, die für viele Haushalte einen bedeutenden Teil ihres Einkommens beanspruchen, und die durch die hohe Inflation zusätzlich belastet werden. Laut einer Analyse der Statistik Austria umfasst dieser Bereich alle finanziellen Aspekte des Wohnens, von Betriebskosten bis hin zu Energiekosten.

Während sich die Regierung bemüht, den Wohnungsmarkt zu stabilisieren und die Mieten in den Griff zu bekommen, bleibt abzuwarten, ob die geplanten Maßnahmen tatsächlich die gewünschten Erfolge bringen. Die von Babler und Hanel-Torsch angestoßenen Reformen sind der erste Schritt auf einem langen Weg zu mehr leistbarem Wohnen in Österreich.

Die Entwicklungen im Wohnbereich sind ganz klar ein heißes Eisen. Die Mietervereinigung bietet bereits kostenlose Prüfungen von Mietverträgen und Mietpreisen an, um den Betroffenen in dieser angespannten Lage Unterstützung zu bieten. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob die ergriffenen Maßnahmen ausreichen, um die steigenden Wohnkosten tatsächlich zu bändigen. Dabei ist klar: Da liegt noch viel an!

| Details |                                                                                                                                                                   |
|---------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ort     | Mariahilf, Österreich                                                                                                                                             |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="https://www.orf.at">orf.at</a></li><li>• <a href="https://www.parlament.gv.at">www.parlament.gv.at</a></li></ul> |

Besuchen Sie uns auf: [mein-wien.net](http://mein-wien.net)